

# Zollzaun wird noch lange stehen

Freihafen wird zwar aufgelöst, aber das Prozedere ist langwierig



Noch besteht am Spreehafen eine Zollgrenze. Einst ein hohes Privileg für den Warenumsatz im Hamburger Hafen, ist der Freihafen inzwischen eher eine Behinderung: für den EU-Binnenhandel, für den Verkehr und für die Wilhelmsburger, die im Spreehafen spazieren gehen wollen. Foto: ad

ANGELA DIETZ, WILHELMSBURG

Im schwarz-grünen Koalitionsvertrag ist es zu lesen, und Wirtschaftssenator Axel Gedaschko hat es mündlich wiederholt: der 120 Jahre alte Freihafen soll aufgelöst werden. Ende des Jahres wird der Senat entscheiden, ob der Status ganz wegfallen oder ein kleines Gebiet erhalten bleiben soll. Wilhelmsburger, die sich jetzt schon auf den Wegfall des Zollzauns am Spreehafen gefreut haben, werden enttäuscht sein. Denn bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass es noch Jahre dauern wird.

So sieht das Prozedere im Einzelnen aus: Nachdem der Senat beschlossen hat, den Freihafen aufzulösen, muss die Bürger-

schaft zustimmen. Damit ist zu rechnen. Dann muss Hamburg beim Bund einen entsprechenden Antrag stellen. Für die Auflösung des Freihafens ist ein Gesetzgebungsverfahren notwendig. Mit einer Zustimmung des Bundestags ist zu rechnen.

„Wenn das Gesetz bis Sommer 2009 nicht in Kraft gesetzt ist“, erläutert Manfred Lojenburg, Zollreferent in der Wirtschaftsbehörde, „dann gibt es ein neues Prozedere.“ Im Klartext: Wegen der Bundestagswahl 2009, voraussichtlich im September, müsste die neue Regierung ein neues Verfahren in die Wege leiten.

Doch selbst, wenn dieser „schlimmste Fall“ nicht eintritt, steht der Zaun noch lange am Deich. „Da sind noch dicke Bret-

ter zu bohren“, meint Lojenburg. Einige Betriebe müssen umziehen und sich organisatorisch auf die neue zoll- und steuerrechtliche Situation einstellen.

Und warum wird der Freizonenstatus, wie es im Zuge der Harmonisierung der Europäischen Union (EU) längst heißt, nicht mehr gebraucht? Der wichtigste Grund: Zwei Drittel des Warenumsatzes im Hamburger Hafen sind Gemeinschaftswaren auf dem EU-Binnenmarkt. Für diese Waren ist gar keine Zollgebühr zu zahlen. Und könnte die Oberfinanzdirektion Hamburg, zuständig für den Zoll, zumindest die Tore am Spreehafen schon während des Verfahrens öffnen? Knappe Antwort auf die Nachfrage: Nein.

Wochenspiegel

## Ihr Brief fand kein Gehör

**B**is der ungeliebte Zollzaun am Spreehafen endgültig verschwindet, wird wohl noch viel Wasser die Elbe hinunterfließen. Um die Wartezeit ein wenig zu verkürzen, hatten sich 20 prominente Wilhelmsburger und Vedeler in einem gemeinsamen Brief an das Bundesfinanzministerium gewandt. Ihre Forderung, den Zollzaun in der Zwischenzeit mit weiteren Schlupftoren auszustatten, wurde jedoch abgelehnt.

Die negative Antwort begründete das Ministerium mit dem Hinweis auf vermehrten Überwachungsbedarf sowie erhöhter Kosten für den Zoll. „Wir bleiben trotzdem weiter am Ball, in Hamburg und Berlin“, betont Metin

Hakverdi, einer der Unterzeichner. Der Zollzaun am unmittelbaren Nordrand der Elbinsel habe keine strategische Bedeutung

mehr, außer, dass er weiter die Ausgrenzung der Elbinseln zementiere, erläutert der Vorsitzende des Regionalaussschusses Wilhelmsburg weiter.

Laut Mitinitiatorin Liesel Amelingmeyer, Mitglied im Verein Zukunft Elbinsel, sei der Zollzaun mittlerweile gar zum Symbol der Ausgrenzung geworden. Der Sprung über die Elbe sei in aller Munde, aber für die Menschen,

die am südlichen Hafenrand wohnen, noch nicht zu spüren. „Wohnen und Leben am Wasser - für die Hafencity ja, für die Elbinsel nein?“, fragt Amelingmeyer provozierend. „Wir brauchen Sofortmaßnahmen zur Öffnung des Zollzaunes.“

Darüber hinaus gebe es außerdem ein wichtiges Sicherheitsargument für weitere Schlupftore: Für die Anlieger und Besucher des Spreehafens existiere kein Notausgang oder Rettungsweg. Das östliche Ende der zwei Kilometer langen Sackgasse hinter dem Zollzaun könne bei Notfall oder Bedrohung zur gefährlichen Falle werden, warnt die Initiative. PIT



Appellierten vergeblich ans Bundesfinanzministerium: Marianne Gross, Liesel Amelingmeyer, Metin Hakverdi (v.l.) und 17 andere.

Foto: pr